

# Soale-Zeitung

Zweihundfünfzigster Jahrgang.

Preis 10 Pf. ...  
Anzeigenpreis ...  
Abonnement ...

Bezugspreise ...  
Einzelnummern ...  
Abonnement ...

Nr. 501.

Halle, Sonnabend, den 25. Oktober.

1910.

## Frieden mit Frankreich.

Nationalversammlung: Deutschlands Politik in Russland. — Landesversammlung: Filmdebatte. — Gefinnungsänderung der Eisernen Division? — Einigung mit den Hamburger Seeleuten.

### Ende der Feindseligkeiten.

Paris, 24. Oktober. (Drachnachricht.) Das Journal Officiel veröffentlicht ein Gesetz, wonach am 24. Oktober ab die Feindseligkeiten ein Ende erreicht haben und der Friedenszustand effektiv geworden ist.

### Aus dem Balkikum.

Bulgarien: Fortgang des Abtransportes. — Erfolg v. Eberhardts bei der Eisernen Division.

Berlin, 24. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Wie aus dem gut unterrichteter Quelle mitgeteilt wird, geht der Transport der bulgarischen Truppen nunmehr hochtend und regelmäßig vor sich. Große Teile der Stappentruppen sind bereits nach Deutschland zurückgeführt. Die Rückkehr der noch im Balkikum befindlichen Stappentruppen dürfte ebenfalls in kurzer Zeit erfolgen. Es ist ein großer Erfolg des Generals v. Eberhardt, daß sich sogar schon Teile der Eisernen Division mit ihren Führern bereit erklärt haben, das Baltikum zu verlassen. Die Verhandlungen mit den Letten haben zu dem Ergebnis geführt, daß dem Abtransport der deutschen Truppen keine Schwierigkeiten mehr in den Weg gelegt werden.

### Bolschewistischer Bericht über Petersburg und Kronstadt.

Amsterdam, 24. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Das bolschewistische Propagandabüro verbreitet über die militärische Lage folgenden Bericht: Englische und schwedische Freischütze melden, daß Kronstadt und Petersburg gesichert seien. Diese Nachrichten sind jedoch falsch. Die russischen Truppen sind im Gegenteil, nachdem sie zunächst von Kronstadt nach Ost und Ostwärts zurückgewichen waren, wenige Stunden später in beiden Orten siegreich wieder eingedrungen und haben erfolgreiche Gegenangriffe unternommen. Das Proletariat der Hauptstadt hat alle Angriffe zu Wasser und zu Lande erfolgreich vollständig zurückgeschlagen. Kronstadt ist jetzt in unserer Hand.

### Sowjetrußland will Frieden mit Estland.

Reval, 24. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Aus Petersburg verläutet, daß die Regierung von Sowjetrußland an dem Gedanken, mit Estland Frieden zu schließen, festhält und darauf besonderen Wert legt, da sie die Truppenmacht der Republik Estland für den gefährlichsten Gegner hält, der die besten Truppen der Sowjetmacht fortzulegen leistet.

### Trotsky gegen die Soldatenräte.

Wien, 24. Oktober. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet, daß Trotsky beim Moskauer Sowjet den Antrag gestellt habe, alle Soldatenräte an der Front aufzulösen und einen gemeinsamen Oberbefehl für alle Sowjetkämpfer zu schaffen.

### Fortschritte der russischen Westarmee.

Wien, 24. Oktober. Nach hier vorliegenden Meldungen möchte die russische Westarmee Fortschritte. In der Richtung auf Petersburg wurde Tschura genommen. Bei Loffino kam es zu heftigen Kämpfen. Die Bolschewisten haben Kerntruppen an die Petersburger Front gebracht. Den Oberbefehl führt General Tschernow.

### Zur Anerkennung der nicht-russischen Staaten.

Wien, 24. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) brinat der Lord George nachstehende „Daily Chronicle“ in einem Leitartikel über die Anerkennung der nicht-russischen Staaten in Russland durch die Alliierten, da sonst befechtigt werden müßte, daß Dänien, Judentisch und Kollidat nach der Niederlage der Bolschewisten ihre Kanonen dazu gebrauchen würden, um die Nichttruppen zu terrorisieren. Das Blatt schreibt: Wenn die Alliierten darauf bestehen, das Dänien und Judentisch die Ketten und Eisen anerkennen, müssen sie es tun. Keine einzelne alliierte Macht hat diese Staaten de jure, England und Japan nur de facto anerkannt. Ein Schritt in dieser Richtung würde das nordische Ansehen der Alliierten in Europa stärken und die Wiederherstellung der Stabilität in Russland befähigen.

### Die Folgen der Ostseeblockade.

Stettin, 24. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Seit der Blockade liegen im Stettiner Hafen 53 große Schiffe, Dampfer und Segler mit rund 1000 Mann Besatzung

still. Durch die Störung des Verkehrs haben etwa 1200 Hafenarbeiter ihren Erwerb verloren, außerdem werden viele Gewerbetreibende, die hauptsächlich vom überseeischen Verkehr leben, betroffen. Ferner liegen im Hafen etwa 1000 Binnenhäfen, Hafenspeicher und Säbne, die keine Ladung haben und deren Eigentümer und Besatzer auf aller Erwerbserlöse gänzlich beraubt sind. Es kommen wäsendlich im Durchschnitt nur zwei neutrale Dampfer mit Frachtingen aus Norwegen. Sonst liegt der Verkehr vollkommen still.

### Wilson geht es besser.

Washington, 24. Oktober. (Drachnachricht.) Die Stellung im Besonderen Wilsons hält an.

### Vom Bergarbeiterstreik in Amerika.

Amsterdam, 24. Oktober. (Telegraph) meldet aus New York, daß die amerikanische Regierung wahrscheinlich die Ausbeutung der Bergwerke zu demehmen werde, falls der Bergarbeiterstreik im November verhängt werden sollte. Es werde auch davon gesprochen, daß die Bergwerksarbeiten von Freiwilligen verrichtet werden sollen.

Amsterdam, 24. Okt. Das Pressebüro Radio meldet aus Washington über die Streikfrage in den Vereinigten Staaten: New York Times schreibt, daß die Bergarbeiter mitgeteilt haben, der Streikstreik werde nicht ausbrechen, bevor die Bergwerksunternehmer sich bereit erklärt haben, einen neuen Kontrakt auf der Grundlage der 34 künftigen Arbeitswoche abzuschließen. Präsident Wilson hat einen neuen Versuch unternommen, um das Schlichten der Industriellen-Konferenz infolge des Austritts der Arbeitsgruppen zu vereinfachen.

### Einschränkung der Einwanderung in die Vereinigten Staaten.

Amsterdam, 24. Okt. Laut Radio meldet aus Washington, daß die amerikanische Senat einen Gesetzentwurf angenommen, wonach die Kriegesbestimmungen unter Einschränkung der Einwanderung noch ein Jahr in Kraft bleiben sollen.

### Englands Not.

Amsterdam, 24. Oktober. „Allgemeines Handelsblatt“ meldet aus London, daß die britische Regierung bei der Wiedererrichtung des Parlaments mit Fragen befürt worden ist, wie das Land vor dem wirtschaftlichen Untergang gerettet werden könne. Der Parlamentsberichterstatter der „Daily Mail“ schreibt: Die Erklärung Chamberlains, daß er die Abhilfe habe, ein Verbotsgesetz einzubringen, habe einen klaren Eindruck gemacht.

### Der englische Geschäftsträger für Berlin

London, 24. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Graf Francis Biddens wurde zum Oberkonsul in Wien, Selby zum Geschäftsträger in Berlin ernannt.

### Aus dem Cailloux-Prozess.

Paris, 24. Oktober. Im Cailloux-Prozesse erklärte gestern Cailloux: Ich bin bereit, alles zu verantworten was man mir fälschlich zuschreibt. In den 20 Jahren meines politischen Lebens habe ich niemals etwas anderes gewollt, als das Wohl des Vaterlandes. Zweifellos verlangt man den Aufschub, um Ganer und Akzentuer vorzuladen, deren sämtliche Aussagen gegen mich nicht gerichteten lassen werden. Ich bin bereit, die Aussagen zu zeigen, von denen ich mein Land mit der ganzen Kraft meines Gewissens bewahrt habe. Der Antrag des Verteidigers, lauten auf vorläufige Haftentlassung Cailloux, wurde mit 100 gegen 36 Stimmen abgelehnt. Die Verhandlungen wurden auf den 14. Januar 1920 vertagt.

### Wegen Einverständnisses mit dem Feinde.

Paris, 24. Oktober. (Drachnachricht.) (Spona) Der wegen Einverständnisses mit dem Feinde zum Tode verurteilte Denoir ist heute morgen in Vincennes hingerichtet worden.

### Tarifabschluß in der Seeschiffahrt.

Hamburg, 24. Oktober. (Drachnachricht.) Die Verhandlungen, die bereits am 8. d. M. zwischen den Zentralverein Deutscher Reederei und den internationalen Seemannsbund eingeleitet waren, über durch die ständige Sitzung der Seemannsbund geleitet und verjezt werden, haben nunmehr, nachdem der Seemannsbund das Verzeichnis seines Verlanges, in die Verhandlungen über die Seemannsbund, das erste Mal, am 23. Oktober zu einem entscheidenden Abschluß geführt.

### Warum keine Auflösung der Kriegesgesellschaften?

Alle bürgerlichen Parteien sind sich darüber einig, daß sobald wie möglich die Kriegesgesellschaften aufgelöst werden müssen und auch nicht in verwickelter Form als Friedensvereine oder wie sie sich mit Etolz nennen, „deutscher“ Gesellschaften wieder ins Leben treten dürfen. Trotzdem ist von einer Auflösung der Kriegesgesellschaften noch nichts zu hören. Im Gegenteil, die Angehörigen der Kriegesgesellschaften haben nach vor wenigen Tagen eine große Versammlung abgehalten, in der nach dem Reden der Vizepräsidenten (von den Unabgängigen) und Rednerin (von der Reichssozialdemokratie) ihre Unentbehrlichkeit beschlossen haben. Welche Gesichtspunkte bei diesem Beschluß mitgerichtet haben mögen, kann man am besten daraus ersehen, wenn man eine Nachweisung durchsieht, die soeben die Reichsregierung den Abgeordneten der Nationalversammlung über die Gehälter vorgelegt hat, die bei diesen Kriegesgesellschaften bezahlt werden. Diese Nachweisung (zu Nr. 1137 der Drucksachen der Nationalversammlung) erstreckt sich nur auf die Gehälter über mehr als 12 000 M., umfaßt also die unteren und mittleren Beamten nicht. Doch auch von diesen ist es bekannt, daß sie trotz der gegenwärtigen Teuerung sehr auskömmliche Bezüge erhalten. Wird doch erst in diesen Tagen wieder bekannt, daß die Schreibmaschinen in den Reichswehrverwaltungen monatlich 725 M. aufbezogen.

Nach der Nachweisung sind u. a. bei der Reichswehrstelle vier Beamte mit einem Gehalt von zusammen 66 288 M. Bei der Reichsgeleitstelle stellen beziehen vier Beamte mit 20 000 M. auf, vier Beamte je 19 080 M. und zwei weitere 13 220 M. bzw. 14 280 M. Die Reichsgeleitstelle hat drei Beamte mit zusammen 51 104 M. Gehalt. Die Geschäftsstelle für die Reichswehr hat mit 24 000 M. Gehalt. Die Reichsstelle für Speisekarte hat in ihrer Geschäftsstelle drei Beamte mit je 24 000 M. und einen Beamten zu 16 250 M. Der Hauptgeschäftsführer der Reichswehrmittelstelle bezieht 32 000 M. Drei weitere Beamte 19 368 M., 18 900 M. und 16 756 M. Bei der Reichsstelle für Gemüße und Obst sind zwei Beamte mit über 25 000 und ein Beamter mit 18 000 M., während die Kriegesgesellschaft für Vorkriegsmilitäre mit einem Beamten für 18 720 M. und die Kriegesgesellschaft für Vorkriegsmilitäre und Waisenkindern mit zwei Beamten mit je über 15 000 M. bemerkt. Die Zentral-Einkaufsgesellschaft hat zehn Beamte mit mehr als 12 000 M. Gehalt. Der Höchstbezug erhält 37 656 M., der nächste 26 000 M., ein weiterer 31 944 und zwei andere je 25 050 M. Gehalt. Die drei Direktoren der Kriegesgesellschaft erhalten zusammen 73 832 M. Die beiden Direktoren des Krieges- und Lieferbandes zusammen 50 064 M. Der Krieges- und Lieferband besitzt seinen drei Direktoren jährlich 74 892 M. Die Reichsstelle hat zwei Direktoren, die zusammen 38 736 M. erhalten. Die Kriegesgesellschaft für das heutige Reichsgewerbe bezieht ihrem Direktor 26 000 M. Die Reichsstelle für Kriegesgesellschaft hat drei Direktoren, die jeder über 25 000 M. Gehalt beziehen. Die Reichsstelle für Versorgungsleistungen hat fünf Beamte, von denen je zwei 19 656 bzw. 24 000 M. erhalten und einer 28 950 M. Bei dem Reichsstelle für bürgliche Kleidung sind sechs Beamte tätig, die zusammen über 100 000 M. Gehalt erhalten. Die Reichsstelle für Kriegesgesellschaft bezieht jedes Direktoren mit je 24 000 M. Gehalt, drei mit je 18 000 M. Gehalt und zwei mit 15 720 M. bzw. 16 420 M. Gehalt. Der Reichsausschuss für planmäßige und tierische Produkte und Zeitungen hat sechs Beamte, von denen der Höchstbezug 27 232 M. hat, der nächste 18 536 M. und der niedrigste 15 000 M. Gehalt. Der Kriegesgesellschaft der deutschen Seemannsbund bezieht vier Beamte mit mehr als 15 000 M. bis 17 000 M. Gehalt. Die Chemikalien-Kriegesgesellschaft hat vier Beamte, die 24 720 M. bzw. 25 080 M., 25 080 M. und 25 656 M. Gehalt beziehen.

Ganz bedeutend ist auch die Föhr der Protokuristen, die mehr als 12 000 M. Gehalt beziehen. Die Reichsgeleitstelle hat nicht weniger als 26 Protokuristen, die von 12 720 M. bis 16 080 M. Gehalt beziehen. Die Reichsstelle für Speisekarte hat fünf Protokuristen mit mehr als 15 000 M. Gehalt, die Reichsstelle für Gemüße und Obst acht Protokuristen mit 16 656 M. bis 19 080 M. Gehalt. Die Reichsstelle für Kriegesgesellschaft bezieht sieben, die Reichsstelle für Kriegesgesellschaft neun, der Reichsausschuss für planmäßige und tierische Produkte und Zeitungen neun Protokuristen mit einem Durchschnittsgehalt von 15 000 bis 20 000 M.

Diese Gehälter müssen natürlich durch entsprechende Aufschläge bei dem Vertriebe der Waren wieder bringebracht werden. Und es ist kein Wunder, daß Beamte, die in dieser Weise bezahlt werden, ihre nötige Unentbehrlichkeit nachweisen.

Mit der Nachweisung über die Gehälter bei den Kriegesgesellschaften ist auch eine Nachweisung über die Ge-

Vertical text on the left margin, likely a library or archival stamp.

hinter der bel den Reichshöflichen auf Erbschaftsbesitz  
Anstellungen vorgelegt worden. Diese Nachweisung ist zwar  
nicht so „umfangreich“, wie die der Kriegsgeldbesitzer, aber  
um so „schätzvoller“. So finden wir bei dem Reichs-  
verwalteramt einen Generaldirektor mit  
240000 Mark Gehalt, also dem dreieinhalb-  
fachen des Reichsfinanzlers, drei Beamte mit  
je 60000 Mark Gehalt, einen weiteren Beamten  
mit 30000 Mark Gehalt und dann eine größere An-  
zahl anderer Beamter mit 30000, 35000, 24000,  
20000, 20000 Mark Gehalt. Auch beim Reichs-  
nährungsministerium sind drei Referenten mit je 15000 Mk.  
angeheilt und bei der Weissenhof-Kommission bezieht der  
Leiter der Unterkommission in Frankfurt 30000 Mk. Ge-  
halt. Bei dieser Veranschlagung der Staatsgelder muß  
man unwillkürlich fragen: Wo bleibt die berühmte  
preussische Sparfamkeit, und wie will man mit  
solchen Gehältern die Gehälter der Staatsbeamten, ja selbst  
von Ministern in Einklang bringen.

### Deutsche Nationalversammlung.

23. Okt. Berlin, 24. Okt. 107. Sitzung. Am Minister-  
tische 11 Uhr.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 1 Uhr  
15 Minuten.

Auf die Anfrage des Abg. Dr. Hermann-Pöfen  
(Dcm.) wegen der Uebernahme der aus Polen ab-  
gewanderten Deutschen nach Deutschland wird  
regierungsseitig die Zahl der Angewanderten auf etwa  
30000 angegeben. Nach dem provisorischen Abkommen  
mit Polen für die nächste Periode nach Friedensschluß,  
das dem Abg. Pöfen nahe ist, können die Beamten ohne  
Durchgang vor Schikanen bleiben.

Abg. Mastenbauer (Soz.) fragt an wegen eventueller  
Belegung der ersten Zone durch Dänemark nach der Ab-  
stimmung.

Regierungsseitig wird bemerkt, daß Dänemark mit  
Zustimmung der internationalen Kommission das Recht  
zur Belegung hätte, daß aber Deutschland die Verant-  
wortung für die übigen Folgen einer solchen Belegung  
ablehnen müßte.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Veran-  
tung des Hansa-Vertrages: Auswärtiges Amt.  
Abg. Dr. Götze (D. Wp.): Die wirtschaftliche Kräfti-  
gung muß ermöglicht werden. Der Friedens-  
vertrag muß revidiert, unsere auswärtigen  
Missionen müssen halbiert besetzt werden. Die Be-  
ziehungen Deutschlands zu den auswärtigen Staaten  
können nur von Deutschen geleitet werden, nicht  
von Einzelheimen. Gegen die Uebertragung mit  
Luzernwaren aus dem Westen sollte die Selbsthilfe des  
deutschen Volkes eintreten. Ein Erfolg der Unter-  
suchungsausschüsse wird ausbleiben, solange nicht die  
Arten des Auslands uns zugänglich sind.  
Abg. Götze (D. Wp.): Ein letztes, ein-  
heitliches Wille ist nur für unsere auswärtige  
Politik. Der Etat des Auswärtigen Amtes hätte viel-  
leicht nicht den Hauptzweck, sondern dem Auswärtigen  
Ausgang übermitteln sollen. Bayern und  
demgemäß auch Preußen sollten zugunsten des Reiches  
auf ihre Sonderangehörigkeiten beim Baltikum verzichten.  
Die Entsendung von Dr. August Müller nach Washing-  
ton müßte wir begrüßen. Deutschland darf  
sich nicht an der Blockade gegen Rußland  
beteiligen. Daß der Friede noch nicht ratifiziert  
ist, ist ein Zeichen der

### Unabhängigkeit der Entente-Delegation.

Es ist eine wünschenswerte Politik, aus 2½ Milliarden  
für die Mitglieder des Lebensversicherungsamtes abspresen  
zu wollen. Dem Deutschen Reichserben dieses un-  
symmetrische, kalter Willen war ein großer Missetan,  
und er war Ursache dafür, daß Deutschland immer un-  
sicher blieb in seiner Politik: schwankend zwischen Eng-  
land und Rußland, schwankend zwischen Kriegsdrohungen  
und Friedenswünschen. Deutschland muß und wird  
sich seinen Weg wiedererobern, oder nicht mit einem  
Fehlbesitz — denn allein kann es diesen nicht führen,  
und Bundesgenossen hat es nicht —, sondern mit wirt-  
schaftlicher Fähigkeit. Und darauf muß unsere Welt-  
politik eingeleitet sein.

Abg. Dr. Gohn (N. S.): Wenn es vielleicht richtig  
gewesen sein könnte, sich vor 11 Monaten dem Sowjet-  
russland zu verschließen, so jedenfalls jetzt nicht mehr.  
Deutschland hätte schon damals sich von der kapitalisti-  
schen Entente mehr abzuwenden lassen.

Präsident Fehrenbach bittet den Redner, seinem Ver-  
sprechen gemäß, sich auf die Replik an den Abg. Gohn  
zu beschränken und ruft ihn im weiteren Verlauf  
seiner Ausführungen wegen des Ausspruchs „Ver-  
leumdung“ zur Ordnung.

Abg. Seidelmann (Soz.) stellt fest, daß die Volks-  
beauftragten jederzeit auf Rücksprache mit Kantab  
beschlüssen haben die Fortsetzung von Beziehungen mit  
Rußland abzusagen.

Minister Müller:  
Eine klare Politik mit Rußland ist gar nicht möglich.  
Solange ich nicht die Garantie dafür habe, daß die Sow-  
jetregierung sich nicht in die inneren Angelegenheiten  
Deutschlands einmischt, werden wir nicht zu ihr in Beziehungen treten. Die wehrfähige  
Regierung haben wir nicht anerkannt. Die russischen  
Behörden loszuwerden, ist nicht so leicht. Die Entente  
hat eine besondere Kommission dafür eingesetzt. Wegen  
der Mittermissionen haben wir schon verschiedentlich  
Beratungen erproben, bis jetzt leider ohne Erfolg.  
Der Etat und die Entschuldigungen des Auswärtigen  
werden angenommen.

Es folgt der Ausschuß des Reichsreisen-  
bahnen, der Verwaltung der Reichsreisen-  
bahnen und des Reichsverkehrsmini-  
steriums, die zusammen beraten werden.

Abg. Buermann (D. Wp.) berichtet über die Ver-  
handlungen des Auswärtigen.

Hierauf wird die Fortsetzung auf morgen 1 Uhr  
verlagt.

Schluß 5½ Uhr.

### Preussische Landesversammlung.

23. Okt. Berlin, 24. Okt. Am Ministerische; Braun.  
Präsident Reinert eröffnet die Sitzung um 12 Uhr  
20 Minuten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verliest Abgeordneter  
Matzja-Wiemel (Soz.) eine Erklärung: Die Reue ist

Schaden anprechtillig vom Vaterland und in der  
Hoffnung, daß die Trennung keine dauernde sein  
wird. (Lebhafte Beifall.) Wir sind als Deutsche ge-  
borene, und unser Herz wird deutsch bleiben. (Lebhafte  
Beifall.)

Präsident Reinert: Wir haben alle dieses Bekenntnis  
zum Beweise einer großen Genugtuung gehört und ver-  
stehen, daß die Deutschen aus den abstrakten Gebieten  
niemals von uns vergehen werden können. (Lebhafte  
Beifall.)

In der Beratung seiner Anfragen erklärt die Regie-  
rung, daß über das

### Schicksal der Unteroffiziersgehälter.

nach seine endgültige Antwort gegeben werden könne. So  
sei noch unbestimmt, wann die Rückvergütung des Ober-  
präsidiums von Kiel nach Schleswig erfolgen könne. Ob die  
Polen von den Fortziehenden Abzugsgeldern erheben, sei  
noch nicht feststeht. Das Auswärtige Amt sei zurzeit mit  
dieser Feststellung beschäftigt. Der Güterverkehr nach  
Schleswig werde auch in der Zeit der Vollabstimmung un-  
verändert aufrecht erhalten bleiben. Zum Schluß der Be-  
ratung in den besetzten Gebieten werde ein Ausschuß aus  
Mitgliedern aller Parteien zusammengesetzt werden.  
Es folgt die Beratung eines Antrages des Aus-  
schusses für Bevölkerungspolitik betreffend

### Reisepolitik.

Abg. Dr. Schömann (Dcm.): Der Antrag geht dahin  
den unbestimmten Reisen und 12 Jahren scheinliche  
Kürzungen auf Grund eines einbringenden Gesetzes zu  
gewähren.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.  
Ein Antrag des Ausschusses für Bevölkerungspolitik ver-  
langt, daß die Ausfuhr von Holzgenüssen

### Ausfuhrbeschränkungen.

in denen perneres Signalzeichen zur Darstellung gelangt,  
verhindert wird.

Abg. Reuber (N. S.) empfiehlt den Antrag.  
Abg. Dr. West (N. S.): Man darf gegen solche  
Schneidlichkeiten nicht mit halben Maßnahmen vor-  
gehen. Am der Fälligkeit zu wehren, ist die

### Beitrag zur Fälligkeit der Fälligkeit.

und die Kommunalisierung der Fälligkeit erforderlich. Die  
Zensur vermerken wir. Wir lehnen den Antrag ab, bis wir  
zu einer verbindlichen Resolution kommen.

Abg. Dr. West (N. S.): Die Partei des Vorredners  
erwartet von der Sozialisierung und Kommunalisierung  
alles. Aber wir wollen keinen Tag länger mit dem Schuge  
unserer Nation gegen die schiefen Wirkungen dieser in-  
samen Ausschüsse warten.

Abg. Zimmer (Soz.): Wir nehmen den Antrag an,  
sobald wir für die Kommunalisierung der Fälligkeit  
sind.

Abg. Dr. Schömann (Dcm.): Es wird Zeit, daß die  
Schweizereien im Rinnenden aufhören. Der Film Anders  
als die andern ist gar kein Aufklärungsfilm, sondern ein  
schwarzes Gemischts- und Plamamandier.

Abg. Dr. Wolfenauer (D. Wp.): Wir stimmen dem  
Antrage ebenfalls zu.  
Der Antrag wird angenommen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen. Der  
landwirtschaftlichen Vermittlung fortgesetzt.  
Nach unentschiedener Debatte und nachdem Minister  
Braun die gegen ihn erhobenen Vorwürfe als unbegründet  
juristisch erklärt hat, wird ein Schlußprotokoll angenommen  
und die Abstimmung bis zur nächsten Sitzung verlagt.

Die Wirtschaften betreffend die Steuerfreiheit  
der Vermögensanlagen werden für erledigt erklärt.  
Dienstag, 4. November, 2 Uhr, nächste Sitzung:  
Anfragen.

Schluß 6 Uhr 20 Minuten.

### Eine programmatische Rede Erzbergers

23. Okt. Berlin, 24. Okt. Bei der Konferenz der  
Präsidenten der neuerschaffenen 25 Landesparlamente aus  
dem ganzen Reich laut Reichsfinanzminister Erzberger  
in seiner programmatischen Rede an a., daß der Aufbau der  
reichsweiten Steuerverwaltung die Schöpfung des materiellen  
Schuldenzinses einer Entlohnung behelie, an der Jahr-  
hunderte gearbeitet worden sei. Wir hätten finanz-  
politisch eine ganz neue Zeit vor uns, die abso-  
lute Steuerlosgewinnlichkeit des Reiches. Mit dem  
Gedanken des Bankrotts könnten unentworfene Anordnungen  
umgehen. Für Deutschland besagen gebe es nur einen Weg,  
durch Ausbau der Steuerorgane von Entlohnung der Finanz-  
gen zu kommen. Der Kampf gegen die Ungerechtigkeit und  
Hinterziehung von Steuern sei darum eine sozial-ethische  
Notwendigkeit.

### Verlegung der Untersuchungsausschuß-Verhandlungen

23. Okt. Berlin, 24. Oktober. Die öffentlichen Sitzungen  
der Untersuchungsausschüsse werden bei Wiedereröffnung der  
Beratungen in den Hauptsaal des Reichstages, den  
größten der im Reichstag zur Verfügung stehenden, ver-  
legt werden.

### Königsberg ohne elektrische Kraft.

23. Okt. Königsberg, 24. Oktober. (Spezialbericht.) Das  
hierige Elektrizitätswerk ist bekannt, daß infolge Rotenman-  
gel der Betrieb ganz abgebrochen wurde.

### Die deutsch-polnischen Wirtschafts- verhandlungen.

23. Okt. Berlin, 24. Oktober. Ueber die deutsch-pol-  
nischen Wirtschaftsverhandlungen berichtet von zünftigster  
Seite: Polen ergötzt sich einer Förderung von 4500 Wagen  
75000 Tonnen Kohle monatlich, von der Mehrförderung  
20 Prozent, außerdem aus dem Halbbeständen eine en-  
gültige Lieferung von 50000 Tonnen, die mit eigenen Lokos-  
motiven und Wagen abgeholt werden. Polen liefert zu-  
dem drei Millionen Zentner Kartoffeln und andere Lan-  
desprodukte, unter anderem Spiritus und Gänse. Gleich-  
zeitig wurde ein Eisenbahn-, Schiffsfahrts-, Post-  
und Telegraphenabkommen abgeschlossen, wobei  
die Polen die Schiffahrt auf der Weichsel und den Neben-  
flüssen und Kanälen freigegeben und den Transport unserer  
Kohlen nach Ostpreußen und dem Ostpreußengebiet durch  
den von ihnen besetzte Gebiet gestattet. Auf Grund eines  
am 22. Oktober unterzeichneten Protokolls ist am dem-  
selben Tage mit dem Transport der Kohlen und Kartoffeln  
begonnen worden. Borgegeben wurde die sofortige Ein-

lieferung aller Lieferungen, falls die deutsch-polnischen Haupt-  
verhandlungen kein Ergebnis haben sollten.

### Englisch-polnische Schiffsfahrtslinie.

23. Okt. Amsterdam, 24. Oktober. Den englischen Blättern  
vom 22. zufolge teilt die Royal Eastern Steamship Com-  
pany mit, daß sie einen Passagier- und Güterdienst zwischen Southampton  
und der Republik Polen eingerichtet hat. Die Unter-  
nehmungen sind Rotterdam, Bremen, Hamburg, Kopenhagen und  
Danzig.

### Die Stärke des britischen Heeres.

23. Okt. Amsterdam, 24. Oktober. Nach einer Mitteilung  
des „Telegraph“ aus London teilt Churchill im Unterhause  
mit, daß die Stärke des britischen Heeres augenblicklich unge-  
fähr 75000 Mann betrage. In Irland stehen 55000  
Mann.

### Das schwankende europäische Gleichgewicht.

23. Okt. Amsterdam, 24. Oktober. Laut „Telegraph“ er-  
klärte der belgische Minister des Aeußeren in einer Unter-  
redung, trotz der Erziehung des Verfalls sei es die  
Pflicht Belgiens, für eine Sicherheit zu sorgen.  
Europa habe das Gleichgewicht noch nicht zurück-  
gewonnen. Belgien müßte daher sein Heer neu bilden  
indem es den modernen Methoden angepaßt werde und aus  
eigenen Mitteln seine Verteidigung vorbereite.

### Verbot der Aufstellung neutralistischer Wahllisten in Elsaß-Lothringen.

Karlsruhe, 24. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Aus  
Straßburg wird gemeldet: Der Generalkommissar für  
Elsaß-Lothringen, Willersdorf, hat die Aufstellung neu-  
tralistischer Wahllisten für Elsaß-Lothringen verboten.  
In dem Erlaß heißt es, daß für den 4. November ein  
Aufstand geplant ist, der mit einer gleichzeitigen Er-  
hebung der Kommunisten Hand in Hand gehen soll. Da-  
durch seien die verlässlichen Absichten der Kommuni-  
sten erwiesen.

### Zur Auslieferung Leviens.

23. Okt. München, 24. Oktober. In den Ausstellungen des  
Wiener „Telegraph“ Korrespondenz-Büros, die die Aus-  
lieferung Leviens erregt, die Korrespondenz-Büros amtlich:  
Das bayerische Justizministerium hat in Sadon Leviens nichts  
als ein diffuses Telegramm nach Wien berichtet. Es handelt sich  
vielmehr um ein diffuses Telegramm des österreichischen Ge-  
neralkonsuls Dr. Bernauer-Winzen, dessen Inhalt zuerst auf  
großen Widerstand der Münchener Regierung stieß, entgegen  
den diplomatischen Gepflogenheiten im „Neuen Tag“ in Wien  
veröffentlicht und dann den bayerischen Zeitungen telegraphiert  
worden ist. Ein zweites Telegramm, das von Wien an den Ge-  
neralkonsul kam, ist vom Wiener amtlichen Korrespondenz-Büro  
dem Inhalte nach dem Inhalt der Korrespondenz-Büros in Mün-  
chen zur Veröffentlichung mitgeteilt worden. Die bayerische Re-  
gierung hat den Wortlaut der Telegramme nicht gekannt und  
bei ihrer Veröffentlichung in seiner Weise mitgeteilt. Wenn  
die Justizverwaltung auf die beziehungslose Auslieferung des  
wegen geminderter Verbrechen, nach bayerischer Teilnahme am Morde,  
verurteilten Leviens hinweist, so hat sie damit nur ihre Pflicht  
getan. Dies entspricht dem verletzten Rechtsbewußtsein des bayeri-  
schen Volkes, und sie ist hierzu unumkehrbar verpflichtet, als der  
vor kurzem ebenfalls nach Oesterreich geflüchtete Wegener Alois  
Kirchner von Oesterreich nur unter der Bedingung ausgeliefert  
wurde, daß auf Oesterreich gegen ihn nicht erkannt werden dürfe,  
nach deutschem Recht sind Mord und Anstiftung hierzu mit dem  
Tode bestraft. Bekanntlich hat Lindner die Strafkraft im Ver-  
breche dieses Jahres benannt. Das österreichische Gesetz, das  
die Todesstrafe abschafft hat, ist aber erst im April heutigen  
Tages erlassen worden. Die verurteilten Leviens, die vor-  
denen solche Straftaten abgeurteilt werden, sind ordentliche  
Gerichte mit gesetzlich genau abgestimmten Verfahren.

### Halle und Umgebung.

Halle, den 23. Oktober 1919.

### Regelung der Jugendfürsorge.

Die deutsche Zentrale für Jugendfürsorge veranstaltete  
in Berlin eine Besprechung über die Regelung der Jugend-  
fürsorge im Reichsgebiet, bei der zunächst Oberlandes-  
gerichtsrat Dr. Reichenberger-Beizig für die Be-  
ziehungen zwischen öffentlicher und privater Jugendfürsorge  
Richtlinien aufstellte. Die öffentlichen Jugendämter müssen  
schon jetzt Zentren für die Jugendfürsorge sein, die  
Jugendämter werden die Zentren für die öffentliche Jugend-  
fürsorge werden. Die Jugendämter haben zunächst alles,  
was an Einrichtungen privater Jugendfürsorge vorhanden  
ist, auf ihre Lebensfähigkeit und die Möglichkeit ihres Fort-  
bestehens zu prüfen, die Aufstellung unwillkürlicher Reime  
oder Anstalten zu veranlassen und die lebenswichtigen zu-  
sammenzulegen oder aufzulösen. Die private Jugendfürsorge  
muß fortbestehen, da sie durch ihre größere Beweglichkeit  
und Unabhängigkeit besser zur Bionierarbeit geeignet ist.  
Ihr muß weitestgehender Einfluß auf die Arbeit des  
Jugendamtes durch die Befugnis dieser Ämter die Arbeit  
des Jugendamtes durch die Befugnis dieser Ämter verlagert  
sein.

Geschmied Dr. Köhler erob als Vertreter des preu-  
ßischen Ministers für Volkswohlfahrt die Zustimmung, daß  
das in Vorschlag befindliche Reichsjugendwohlfahrtsgesetz  
die von Dr. Reichenberger aufgestellten Gesichtspunkte ent-  
halte und beleuchtete die ungewohnte Schwierigkeit, die die  
Befugnis der etwa 1000 Jugendämter, die noch errichtet  
werden müssen, bereiten werde.

Dr. Volligkeit-Frankfurt a. M. sprach über die  
künftigen Ziele der privaten Jugendfürsorge, die vor einem  
Wendepunkt ihrer Entwicklung liege. Die neue Jugend-  
fürsorge betont die Notwendigkeit eines ererbten  
Schicksals der Jugend gegen Ausbeutung sowie gegen sittliche,  
eigentliche oder körperliche Verwahrlosung. Staat und Ge-  
meinde werden in erster Linie dazu berufen sein, aber die  
Mittwirkung der freien Vereinsarbeit ist unentbehrlich.  
Eine Jugendfürsorge, die in freier Arbeitseigenschaft von  
amtlich und freien Körperschaften betrieben und vom  
Geist einer weit aussehenden Erziehungspolitik, nicht wie  
bisher vielfach einer Armen- und Kriminalpolitik getrieben  
wird, bietet die beste Gewähr für den Schutz unserer Jugend.

### Tabakwaren aus Hercegovina.

Hercegovinawerke melden die „Holl. Nachr.“ ganz  
gemein, daß die verarbeiteten Tabakwaren aus Hercegovina  
während unangenehm den Verbrauchern gefehlt werden  
sollen. Die Kleinhandler, die Händlerverbände über



